

Sozialismus

Heft 3-2017 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

www.Sozialismus.de

Christina Kaindl: Personal-
oder Politikwechsel?



Bischoff/Müller: Kampf-
feld soziale Ungleichheit



Stefan Körzel/Bart Samyn/
Dierk Hirschel/ Renaat
Hanssens: Zum Verhältnis
nationaler und europäisch
koordinierter Lohnpolitik

**Forum
Gewerkschaften**

Alban Werner: Es rettet
uns ein höh'res Wesen ...



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

»An den T-Shirts klebt Blut«



Gegen Armutslöhne protestierten in den vergangenen Wochen zehntausende TextilarbeiterInnen in einem Vorort von Dhaka. Der Streik begann aus Protest gegen die Entlassung von 121 KollegInnen. Der Funke sprang rasch auf andere Betriebe über und mündete in einem Arbeitskampf für die Erhöhung der Mindestlöhne. ...

Griechenland wird weiter erpresst



Das im Sommer 2015 beschlossene dritte Hilfsprogramm für Griechenland läuft bis zum August 2018. Es legt sogenannte Strukturreformen (Arbeitsmarkt, Besteuerung, öffentliche Ausgaben, Verkauf von öffentlichem Eigentum) fest und sieht Kredithilfen von bis zu 86 Mrd. € vor. ...

Oskar Lafontaine, der Politikwechsel und Flüchtlingsfragen



Im März wählt das Saarland einen neuen Landtag. Gegenwärtig regiert eine große Koalition unter Führung der CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer. Die Linkspartei hat im Saarland eine Schlüsselstellung, ihr Spitzenkandidat Oskar Lafontaine ist dort nach wie vor populär. ...

Schulzomania versus Merkelismus?

Christina Kaindl:

SPD – Personal- oder Politikwechsel? 2

Joachim Bischoff/Björn Radke: Linksschwenk mit Inhalt?

DIE LINKE muss starker Motor für soziale Gerechtigkeit sein 6

Alban Werner: Es rettet uns ein höh'eres Wesen

Angela Merkel und Martin Schulz im Zeitalter politischer Hoffnungsarmut 11

Onur Ocak: NPD-Verbotsverfahren –

ein zweischneidiges Schwert 18

Abgehängte und enttäuschte »Mitte«

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:

Soziale Ungleichheit als Kampffeld 23

Rechte Bedrohungen, linke Auswege

Bernhard Sander:

Rechtspopulistischer »Plan für die Niederlande« 31

Die Linke kann nicht abseits stehen – Euclid Tsakalotos im Gespräch

mit Haris Golemis über Griechenland und die EU 41

Theodor Bergmann: Imperialismus versus Koexistenz?

Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA 44

Forum Gewerkschaften

Stefan Körzell: Tarifsysteme stärken,

aber Lohnpolitik nicht überfrachten! 49

Dierk Hirschel: Gegenmacht aufbauen 53

Bart Samyn: Lohnpolitischer Interventionismus in Belgien

als Vorbild für Europa? 56

Renaat Hanssens: Für richtige Lohnpolitik in der Eurozone

muss jeder seinen Beitrag leisten 59

Klaus Pickshauss/Felix Stumpf: Konflikt um Deregulierung

Das Beispiel Arbeitsstättenverordnung 61

Otto König/Richard Detje: Wem gehört die Zeit?

Gewerkschaften starten neue Arbeitszeitkampagnen 65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 63

Veranstaltungen & Tipps 68

Hasko Hüning: Der junge Karl Marx (Filmkritik) 69

Supplement

EuroMemo Gruppe

EuroMemo 2017

Die Europäische Union: Gefahr der Desintegration

Beirat: Heinz Bierbaum, Günter Busch, Frank Deppe, Richard Detje, Christoph Ehlscheid, Michael Erhardt, Klaus Peter Kisker, Dieter Knauß, Jörg Köhlinger, Otto König, Klaus Pickshaus, Lilo Rademacher, Sabine Reiner, Bernd Riexinger, Heidi Scharf, Manfred Scherbaum, Michael Schlecht, Gabriele Schmidt, Horst Schmitthenner, Sybille Stamm, Hans-Jürgen Urban, Gerhard Wick, Jörg Wiedemuth

»Die Arbeitnehmer haben über Jahre verloren. Die Löhne halten seit Jahrzehnten nicht mehr mit der Produktivität mit. Gegenüber den Unternehmensgewinnen und den Renditen auf den Aktienmärkten fallen sie immer weiter zurück. Der hohe Anteil von Niedriglohnbeziehern ist ein Skandal. Die hartnäckigen Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern sind beschämend.« Deshalb fordert EGB-Generalsekretär Luca Visentini: Europe needs a pay rise.

Nachfolgend setzen wir die Debatte über »europaweite Stärkung der Tarifverträge statt lohnpolitischem Interventionismus« (Schulten/Van Gyes/Müller und Janssen in Forum Gewerkschaften 2/2017) fort: zum Verhältnis von nationaler und europäisch koordinierter Lohnpolitik, zu den ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen und zu Erfahrungen in Belgien.

Tarifsysteme stärken, aber Lohnpolitik nicht überfrachten!

von | Stefan Körzell



Budapest, 2011, habeebee/flickr.com ©

Thorsten Schulten, Guy Van Gyes und Torsten Müller beschreiben zutreffend, wie sich im Zuge der Anti-Krisenpolitik ein lohnpolitischer Interventionismus entwickelte. EU-Institutionen und nationale Regierungen begannen entweder direkt in die Lohnentwicklung einzugreifen, um die Arbeitseinkommen zu drücken – vor allem über die Anpas-

sungsprogramme der Krisenstaaten. Oder sie schufen neue Institutionen wie den Mechanismus gegen makroökonomische Ungleichgewichte oder den Euro-Plus-Pakt, die die Löhne dauerhaft in einem niedrigen, politisch vorgegebenen Rahmen halten sollten.

Es muss eine oberste Priorität sein, diese Entwicklungen rückgängig zu ma-

chen. Sie haben insbesondere in den Krisen-Staaten zur Verarmung der Menschen und zu einer strukturellen Schwächung der Gewerkschaften beigetragen.

Stefan Körzell ist Mitglied im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, zuständig für Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, Struktur-, Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerks-politik.

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

**Leser/in werden
Neue Abonnenten/innen
erhalten eine Buchprämie
als Geschenk**

www.spw.de

Forum Gewerkschaften

die politischen Eingriffe in die Lohnfindung der Tarifpartner noch nicht so spürbar. Aber die Tatsache, dass für die gesamte EU Institutionen geschaffen werden, die die Lohnentwicklung ins Visier nehmen, muss alle Alarmglocken läuten lassen.

Wettbewerbspolitischer Interventionismus

Das gilt auch für den im September 2016 vom Rat verabschiedeten Kommissions-Vorschlag zur Schaffung »nationaler Ausschüsse für Produktivität«. Diese Ausschüsse sollten ursprünglich »Nationale Räte für Wettbewerbsfähigkeit« heißen und u.a. konkrete Empfehlungen als »Richtschnur« für die Lohnverhandlungen abgeben. Auch in der jetzt beschlossenen Form sehen sie noch vor, dass in jedem Mitgliedsland vorgeblich unabhängige Expertengremien geschaffen werden, die regelmäßig die preisliche Wettbewerbsfähigkeit analysieren. Zu den analysierten Einflussfaktoren werden auch die Lohnkosten zählen. Vor diesem Hintergrund sind weiterhin problematische Einmischungen in die Belange der Tarifparteien zu erwarten.

Ein lohnpolitischer Interventionismus ist nicht nur abzulehnen, weil die EU-Kommission immer wieder bewiesen hat, dass es ihr in erster Linie um Lohndruck nach unten geht, oder weil für die Rolle des deutschen Ausschusses für Produktivität bereits die Wirtschaftsweisen angedacht waren, die mehrheitlich eine ähnliche ideologische Ausrichtung haben. Die Gewerkschaften lehnen Einflussnahme auf die Lohnentwicklung durch vermeintliche Experten vielmehr grundsätzlich ab: In Deutschland hat die Tarifautonomie der Sozialpartner nicht umsonst Verfassungsrang. Wer der Meinung ist, der Staat oder »unabhängige« Wissenschaftler könnten für eine gerechtere oder sinnvollere Lohnentwicklung sorgen als die Tarifpartner, argumentiert ahistorisch und naiv. Lohnpolitik ist vor allem Verteilungspolitik. Ihre Ergebnisse hängen

In anderen Ländern, wie Deutschland, sind

nicht in erster Linie von makroökonomischen oder konjunkturellen Notwendigkeiten, sondern insbesondere von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Die Schwächung der Tarifautonomie zugunsten von Expertengremien bedeutet gleichzeitig eine Schwächung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Sie würde damit tendenziell zu sinkenden Masseneinkommen und wachsender Ungleichheit führen.

Die Politik hat sich in Lohnverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern nicht einzumischen. Das gilt insbesondere auch für die Europäische Union, die laut Artikel 153 Abs. 5 AEUV explizit keine Zuständigkeiten für Fragen des Arbeitsentgelts hat. Zu unterschiedlich sind die historisch gewachsenen Systeme und Institutionen der Lohnfindung in den verschiedenen Mitgliedsländern.

Trotzdem – und auch da liegen Schulten, Van Gyes und Müller prinzipiell richtig – ist eine europäische Koordinierung der Tarifpolitik seitens der Gewerkschaften sinnvoll. Sie ist Ausdruck internationaler Solidarität und kann einem innereuropäischen Standortwettbewerb zulasten der Beschäftigten entgegenwirken. Eine Koordinierung wirkt auch makroökonomisch stabilisierend, wenn dadurch Arbeitseinkommen gleichgerichtet gesteigert werden und so eine Abschwächung der Binnennachfrage in einem Land verhindert wird, die zum Aufbau von makroökonomischen Ungleichgewichten zwischen den EU-Staaten beitragen könnte.

Aus diesen Gründen engagieren sich die Gewerkschaften, soweit möglich, auch in europäischen Koordinierungsprozessen – zum Beispiel im europäischen Zusammenschluss der Industriegewerkschaften IndustriAll. Der DGB begleitet regelmäßig die Prozesse im Makroökonomischen Dialog, bei dem Vertreter von Rat, Kommission, Sozialpartnern und Zentralbank zusammenkommen und beraten, welchen Beitrag sie für ein ausgeglichenes Wachstum bei stabiler Inflationsentwicklung leisten können.

Lohnkosten falsch bewertet!

Die Lohnpolitik hat makroökonomische Relevanz. Allerdings darf sie auch nicht überfrachtet werden. Weder sind die krisenhafte Entwicklung in der Eurozone oder die Entstehung von makroökonomischen Ungleichgewichten den Ergebnissen der Tarifpolitik zuzuschreiben, noch kann Lohnpolitik allein die Krise auflösen.

Tatsächlich dürfte sogar ein großer Teil der verfehlten europäischen Anti-Krisenpolitik auf eine Über- und Falschbewertung der Rolle der Lohnkosten zurückzuführen sein. Schließlich führte diese Politik der EU-Kommission und anderer einige europäische Länder noch tiefer in Depression und Deflation, weil sie Druck auf die Löhne zur wesentlichen Stellschraube machten. Grundlage war die Idee, zu schnell gestiegene Löhne hätten die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Staaten ruiniert und damit Leistungsbilanzdefizite und Auslandsverschuldung geschaffen.

Dabei gibt es einige Studien, die zeigen, dass die Lohnstückkostenentwicklung nicht unbedingt die maßgebliche Einflussgröße für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und die Exportentwicklung ist: Guillaume Gaulier und andere wiesen schon 2012 nach, dass die Korrelation zwischen Lohnstückkosten- und Exportentwicklung in den Krisenstaaten sehr gering war.¹ Betrachtet man Spanien, zeigt sich, dass die Exportentwicklung dort zu Zeiten stark steigender Lohnstückkosten kaum schlechter war als zu Zeiten radikal gedrückter Lohnstückkosten nach 2010. In Spanien wurde die Krise nicht durch die Lohnentwicklung ausgelöst, sondern durch eine von ausländischem Kapital genährte Immobilienblase und eine entsprechende Überhitzung auf dem inländischen Markt. Weil diese mit steigenden Preisen (insbesondere bei nichthandelbaren Gütern) einhergingen, stiegen in der Folge auch die Löhne, um einen Reallohnverlust zu vermeiden (insgesamt sank die Lohnquote in Spanien Anfang der 2000er Jahre bis zur Krise allerdings dennoch). Gaulier et al. kommen für die von ihnen untersuchten Länder zu dem Schluss, dass steigende Lohnstückkosten nicht die Ur-

sache, sondern ein Symptom des durch Kapitalzuflüsse ausgelösten Nachfrageschocks waren und nicht mit einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bei Exporteuren einhergingen.²

Während Gaulier et al. keine Korrelation zwischen Lohnstückkosten und Exportwachstum in den südlichen Krisenländern erkennen können, sehen sie allerdings einen deutlichen Zusammenhang zwischen Lohnstückkosten und Importen. Tatsächlich dürfte der Einbruch der Importe in den Krisenländern nach Beginn der Anpassungsprogramme nicht allein auf den staatlichen Sparkurs, sondern auch auf Lohnkürzungen und den Rückgang der privaten Nachfrage zurückzuführen sein.

Für Deutschland gilt Ähnliches: Thorsten Schulten beschreibt in einem früheren *Sozialismus*-Beitrag, dass es in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre zu einem relativ deutlichen Anstieg der Exportpreise kam, obwohl die nominalen Lohnstückkosten sogar leicht rückläufig waren. »Für viele deutsche Firmen bestand offensichtlich keine Notwendigkeit, die gewonnenen Lohnkostenvorteile an die Exportpreise weiterzugeben und dadurch ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.«³

Die gute Entwicklung der deutschen Exporte ist eher auf das spezialisierte Profil der deutschen Exportindustrie, auf Qualität und konjunkturelle Faktoren in den ausländischen Absatzmärkten zurückzuführen, als auf die Tatsache, dass die Lohnentwicklung in der Bundesrepublik in den 2000er Jahren lange stagnierte. Allerdings hatten die stagnierenden Einkommen eine verheerende Wirkung auf die Binnennachfrage und führten so auch dazu, dass die Importe nach Deutschland hinter der Exportentwicklung zurückblieben. Auf diesem Weg dürften die im Durchschnitt stagnierenden Löhne zum Aufbau der riesigen und die Eurozone destabilisierenden Leistungsbilanzüberschüsse beigetragen haben.

Tarifautonomie stärken

Dass diese Überschüsse abgebaut und künftig im Zaum gehalten werden, ist elementar zur nachhaltigen Stabilisierung des Euroraums. Dazu braucht

es gerade in Deutschland auch weiterhin eine Stär-

kung des gesamtwirtschaftlichen Lohnniveaus. Doch um diese Entwicklung zu befördern, bedarf es weder Eingriffe in die Tarifautonomie durch die Politik, noch schlauer Ratschläge durch Ökonomen-Zirkel.

Die Politik muss vielmehr gute gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, um die Tarifautonomie und -entwicklung auch weiterhin deutlich zu stärken. Dazu ist in Deutschland mit dem Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie im Jahr 2014 ein wichtiger Schritt erfolgt. Hintergrund des Gesetzes war der Rückgang der Tarifbindung der Beschäftigten und Betriebe und die schleichende Erosion des Flächentarifvertrags. Diese Entwicklung war unter anderem durch die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 verstärkt worden: Die politisch gewollte Deregulierung des Arbeitsmarktes hatte zu einer Zunahme atypischer Beschäftigung mit einem geringen Schutz durch das Arbeits- und Sozialrecht und zu einer Ausweitung des Niedriglohnssektors geführt.

Das Tarifautonomiestärkungsgesetz stellt einen Meilenstein in der sozialen Absicherung der ArbeitnehmerInnen dar – insbesondere durch die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns. Durch das Gesetz wurden zudem Regelungen zur Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen eingeführt, mit denen der Geltungsbereich von Tarifverträgen unter bestimmten Voraussetzungen auf alle Beschäftigten und Betriebe einer Branche ausgeweitet werden kann. Die Reformen der Allgemeinverbindlicherklärung haben sich allerdings in der praktischen Umsetzung in den letzten zwei Jahren als nicht

¹ Guillaume Gaulier/Daria Taglioni/Vincent Vicard: Tradable sectors in Eurozone periphery countries did not underperform in the 2000s, in: VOX CEPR's Policy Portal, <http://voxeu.org/article/tradable-sectors-eurozone-periphery>

² Ebd.

³ Thorsten Schulten: Exportorientierung und ökonomische Ungleichgewichte in Europa. Welche Rolle spielt die deutsche Lohnentwicklung?, in: *Sozialismus* 4/2015, S. 43f.

VSA: Lohnpolitik

Torsten Müller/Thorsten Schulten/Guy Van Gyes (Hrsg.)

Lohnpolitik unter europäischer »Economic Governance«

Alternative Strategien für
inklusives Wachstum

VSA



Torsten Müller/Thorsten Schulten/
Guy Van Gyes (Hrsg.)

Lohnpolitik unter europäischer »Economic Governance«

Alternative Strategien für
inklusives Wachstum
328 Seiten | € 29.80
ISBN 978-3-89965-704-3

AutorInnen aus 13 Ländern (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Ungarn und Deutschland), die dem europäischen Netzwerk gewerkschaftsnaher Forschungsinstitute (TURI) angehören, diskutieren über aktuelle Fragen der Lohn- und Tarifpolitik und ihre ökonomische Bedeutung in Europa.

Die Krise des Europäischen Währungssystems wird unter den politischen Eliten und in der Ökonomen-Zunft vor allem auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zurückgeführt. Damit liegt der Lösungsansatz auf der Hand: Verbesserung der Konkurrenzposition durch Senkung der Lohnkosten. In diesem Buch wird – basierend auf einem Forschungsprojekt des europäischen Netzwerkes gewerkschaftsnaher Forschungsinstitute (TURI) – eine andere Diagnose der Krisenursachen und damit alternative Lösungsstrategien vorgeschlagen.

www.vsa-verlag.de

Forum Gewerkschaften

wirkungsvoll genug erwiesen. Um die Rahmenbedingungen richtig zu setzen, bedarf es hier daher einer Nachjustierung des Gesetzes.

Dabei allein kann es aber nicht bleiben. Weitere Maßnahmen sind erforderlich, um die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie zu stärken. Beispielsweise steht eine Einschränkung der Möglichkeiten zur Tarifflicht und der »Mitgliedschaft ohne Tarifbindung« durch Arbeitgeber zur Diskussion. Gleichzeitig müssen Betriebsratsstrukturen gestärkt werden, denn dort, wo es Betriebsräte gibt, besteht eine höhere Tarifbindung. Die Stärkung der Tarifbindung ist eine zentrale Herausforderung der Zukunft, denn sie trägt nicht unerheblich zu einer besseren Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Lohnniveaus bei.

»Europe needs a pay rise« – Rahmenbedingungen

Angesichts der europaweit gesunkenen Lohnquoten ist die Steigerung der Löhne auch eine gesamteuropäische Aufgabe. In anderen Ländern ist die Stärkung der Flächentarifverträge ebenfalls elementar, um dem Trend zur Verbetrieblichung der Tarifpolitik entgegenzutreten. Vor diesem Hintergrund begrüßt es der DGB, dass der Europäische Gewerkschaftsbund eine Kampagne unter dem Motto »Europe needs a payrise« startet, um eine Erhöhung der Lohnquoten insgesamt, eine gerechtere Entlohnung von Frauen und einen Aufholprozess in Ländern mit sehr niedrigen Löhnen zu erreichen.

Eine weitere Maßnahme, die die Politik – in Deutschland, wie in anderen Staaten – ergreifen muss, um die Lohnentwicklung zu fördern, ist die weitere Zurückdrängung von Formen der irregulären und prekären Beschäftigung. Prekäre und illegale Beschäftigung (wie Scheinselbstständigkeit oder Werkverträge in langen Subunternehmerketten) werden nicht nur als Lohndumping missbraucht, sondern setzen auch die Stammbeschäftigten unter Druck. Sie haben fatale Wirkungen auf einzelne Branchen, in denen wie im Bau-

gewerbe legal arbeitende Unternehmen vom Markt gedrängt werden und die Tarifautonomie untergraben wird. Minijobs drängen zudem vor allem Frauen in marginale Teilzeit.

Fest steht aber auch: Weder kann die Lohnpolitik Europa alleine wieder auf einen stärkeren und nachhaltigen Wachstumspfad bringen, noch kann es der Tarifpolitik aufgebürdet werden, EU und Eurozone dauerhaft makroökonomisch zu stabilisieren. Für eine schnelle und nachhaltige wirtschaftliche Erholung ist vor allem die Fiskalpolitik gefragt. Die europäischen Schuldenregeln müssen gelockert, eine Goldene Regel eingeführt werden, um öffentliche Investitionen von den Defizitregeln auszunehmen. Außerdem braucht es Investitionsprogramme. Die EU-Kommission selbst hat jüngst immerhin einen zusätzlichen fiskalpolitischen Impuls für die gesamte Eurozone in Höhe von 0,5% des BIP empfohlen. Daran muss angeknüpft werden.

Für eine stabilisierende wirtschaftspolitische Steuerung (Economic Governance) braucht es mehr als einen Fokus auf Löhne und Lohnstückkosten. Gezielte Investitionen und eine Stärkung der Strukturfonds können eine Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verschiedener EU-Staaten befördern. Wo Unterschiede bestehen bleiben, muss langfristig über die Möglichkeit von Ausgleichszahlungen nachgedacht werden. Es braucht europaweite automatische Stabilisatoren, die Überhitzungen stoppen und Abschwünge abfedern. Und es bedarf einer stärkeren Kooperation, um Sozial- und Steuereumping zu verhindern.

Höhere Löhne in Deutschland und Europa sind ein Gebot der Gerechtigkeit. Um sie zu fördern, muss die Politik die Rahmenbedingungen wieder verbessern. Dass höhere Löhne auch makroökonomisch stabilisierend wirken, ist gut und wichtig. Dieser Fakt darf aber nicht dazu verleiten, der Tarifpolitik die Verantwortung zur Rettung Europas aufzudrücken.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

